

SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

spd/III/47

Hannover, 21. April 1948

Seltsame Föderalisten

Von Ministerpräsident Lüdemann, Kiel

Nach drei Jahren vollkommener Ohnmacht und größter staatlicher Zerrissenheit scheinen sich endlich Wege zu öffnen, auf denen das deutsche Volk wieder zu neuer Freiheit gelangen kann. Ganze Freiheit erfordert völlige Einheit. Bis dahin wird noch viel Zeit vergehen. Das Ziel bleibt der kraftvolle Staat. Nur in seinem Schutz kann der Hitler-Geist überwunden, die wirtschaftliche Not gebannt und demokratisches Leben gestaltet werden. Dies besagt noch nichts über seine innere Form. Staatliche Einheit und föderative Gliederung sind kein Gegensatz, sondern zwei Dinge, die sich gegenseitig ergänzen. Ist es aber denkbar, daß dieses Ziel durch Zersplitterung erreicht werden kann? Wir sind es gewohnt, daß südllicher Föderalismus zuweilen seltsame Blüten treibt. Wenn jetzt aber der bayerische Ministerpräsident Dr. Ehard (CSU) auf einer Tagung von christlichen Föderalisten aus zwölf europäischen und überseeischen Staaten erklärt hat, als Hindernis für die Schaffung eines deutschen föderativen Staatsgebildes betrachte er die deutschen Einheitsparteien, so muß dies als offenes Bekenntnis zu einem einheitsfremden Partikularismus gewertet werden. Denn unter Einheitsparteien sind doch politische Parteien zu verstehen, deren Organisation das ganze Deutschland umfaßt und die deshalb wertvolle Bindeglieder für die Einheit des Volkes im demokratischen Staat darstellen.

Noch sonderbarer wirken die Gegensätze, die neuerdings durch Äußerungen führender CDU-Politiker im Westen Deutschlands bloßgelegt worden sind. Während Ministerpräsident Arnold, Düsseldorf sich nachdrücklich für die Wiederherstellung deutscher Einheit einsetzt und lebhaft den baldigen Zusammentritt einer gesamtdeutschen Nationalversammlung forderte, erklärte sein Parteivorsitzender Dr. Konrad Adenauer, daß "der rheinisch-westfälische Westen eine zu starke Bindung an eine nationale Zentrale ablehnt". Daneben steht der vieldeutige Satz, in den Ländern des deutschen Westens lebe "eine natürliche Sehnsucht aus der Enge nationalistischer Beschränktheit in die Weite gesamteuropäischen Bewußtseins". Man fragt sich erstaunt, was hinter diesen schwerwiegenden Sätzen zu suchen ist. Ist es Propaganda für einen neuen rheinisch-westfälischen Separatismus? Auf diesen Bahnen hat dieser ehrgeizige

Parteiführer sich nach dem ersten Weltkrieg schon einmal bewegt. Der Verdacht wird dadurch gestärkt, daß Dr. Adenauer gleichzeitig eine Vergrößerung des Landes Nordrhein-Westfalen durch Angliederung bedeutender Gebietsteile aus der französisch besetzten Zone gefordert hat. Nach seiner Meinung würde ein so vergrößertes rheinisch-westfälisches Land "weit über seine deutsche Aufgabe hinaus Funktionen europäischen Ausmaßes vollziehen", im besonderen einer "fruchtbaren Begegnung zwischen Deutschland und Frankreich" dienen können. Nordrhein-Westfalen überragt jetzt schon alle anderen deutschen Länder durch seine zwölf Millionen Einwohner und die Besorgnis ist durchaus begründet, daß sich auf solche Weise aus diesem größten Industriegebiet Europas ein zweites Preußen entwickeln könnte.

Genau wie bei den bayerischen Partikularisten findet sich in den Ausführungen Adenauers nicht die leiseste Andeutung einer gesamtdeutschen Konzeption. Während er für sich um das größte europäische Industriezentrum herum ein Land konstruiert, das von Trier bis Osnabrück, von Koblenz bis zu holländischen Grenze reichen soll und wenigstens zwanzig Millionen Einwohner haben würde, spricht er keine Silbe darüber, wie das übrige Deutschland aussehen soll, welche Gestalt er im besonderen der nordwestdeutschen Tiefebene zugeordnet hat und wie er über die ebenso willkürliche Aufteilung der französischen Zone denkt. Der von ihm geplanten Länderbildung fehlt jedes Interesse für das Ganze. Er übersieht auch (Übersieht er es? D.Red.), wie sehr seine Planung eines rheinischen Großstaates all' denen entgegenkommt, die sich gern dem von ihnen mitverschuldeten deutschen Elend entziehen möchten und in ihrem egoistischen Streben keinen Augenblick zögern würden, ihrem Vaterland in der tiefsten Not den Rücken zu kehren. In diesen Kreisen wird man mindestens innerlich jubeln über einen deutschen Parteiführer, der nur das größte und an Bodenschätzen reichste deutsche Land "als einen räumlichen Torso, als verstümmelt" betrachtet und für dieses (nach seinen Wünschen zu vergrößernde Land "eine zu starke Bindung an eine nationale Zentrale ablehnt".

Will Konrad Adenauer Deutschland verstümmeln? Wie viele rechtsstehende Politiker ist er offenbar ausschließlich von machtpolitischem Denken erfüllt, was zu der Entwicklung eines zweiten Preußen ebenso passen würde, wie zu der Bildung eines neuen selbständigen Weststaates.

Demontage in der Ostzone

Die Siemens- und Halske-Werke in Arnstadt/Thür. werden jetzt demontiert und nach Rußland geschafft. Auch ein großer Teil der Belegschaft, vor allem Techniker und Ingenieure, sollen dorthin dienstverpflichtet werden. Ähnliche Meldungen treffen aus Gera und Neuhaus/Thür. ein. Auch dort handelt es sich um die Siemens- und Halske- und Siemens-Schuckert-Werke. (b/B.1/214/hs)

Berlin: Schicksalsfrage der Welt

Von Friedrich Stampfer, New York

Im vergangenen Sommer hat man mich in Berlin unzählige Male gefragt, ob die Amerikaner bleiben würden. Ich habe diese Frage nach meiner bescheidenen Kenntnis der Dinge mit bestem Gewissen bejaht. Die Ereignisse in den acht Monaten seitdem haben mich in dieser Meinung bestärkt.

Es soll hier nicht die Rede davon sein, wer Recht und wer Unrecht hat, sondern nur festgestellt werden, daß sich die Stimmung des amerikanischen Volkes Rußland gegenüber ständig verschärft. Von zehn Amerikanern sind heute neun der Überzeugung, daß Rußland zwar nicht geradezu den Krieg will, aber zum Kriege treibt, indem es das Bürgergefühl der anderen Seite ständig verletzt und herausfordert. Vor einem Jahr hätten die Amerikaner einen Rückzug aus Berlin noch ertragen, heute würden sie ihn als eine unerträgliche Schmach empfinden, und die Regierung, die ihn anordnen wollte, würde einen Sturm der Entrüstung gegen sich selber hervorrufen.

Von jedem Standpunkt aus erscheint es als politisch unklug, einen Gegner übermäßig zu reizen, wenn man nicht gewiß ist, ihn schlagen und entwaffnen zu können. Für die Richtigkeit dieses Satzes lassen sich aus der Geschichte unzählige Beispiele anführen. In Olmütz gelang es Österreich, Preußen eine schwere diplomatische Niederlage beizubringen: die Folge war Königgrätz. Als vor einem halben Jahrhundert England die Franzosen zwang, Faschoda - im Innern Afrikas - zu räumen, schäumte das französische Nationalgefühl so hoch auf, daß der Krieg zwischen den beiden Ländern nahezu als unvermeidlich erschien; nur die Furcht vor der wachsenden Macht des deutschen Kaiserreichs veranlaßte die Franzosen zum Einlenken. Chamberlain glaubte, in München den Frieden für die lebende Generation gesichert zu haben. Aber München hatte das Maß so voll gemacht, daß der nächste Tropfen es zum Überlaufen bringen mußte.

Die Amerikaner wissen, daß das Schicksal ihrer Landsleute in Berlin von dem Grade der Loyalität und der politischen Vernunft abhängt, den Rußland ihnen gegenüber entwickelt. Darum sind sie aufs Äußerste empfindlich gegenüber allem, was sich für sie als Mißbrauch einer augenblicklichen Überlegenheit darstellt. Sie würden es für einen sehr billigen Triumph halten, wenn es Rußland gelänge, sie aus Berlin herauszudrängen - aber auch für einen kurzlebigen.

Heute ist sich hier wohl jeder verantwortungsbewußte Politiker klar darüber, daß durch einen Rückzug der Amerikaner aus Berlin der Frieden nicht gerettet, sondern eher zerstört werden würde. Schon darum wird keine amerikanische Regierung die Räumung anordnen können.

Die sowjetrussische Regierung würde die Situation vollkommen verkennen, wenn sie die Dinge anders sehen würde. Gerade das aber ist es, was man hier befürchtet. Der Zulauf, den Henry A. Wallace zu seinen Versammlungen hat, ist kein Ausdruck der Sympathie für den Kommunismus oder für Sowjetrußland, er beweist nur, daß es viele Amerikaner gibt, die einen neuen Krieg um jeden Preis vermeiden möchten. Das sind Symptome, die verschwinden, wenn es zum Kriege kommen würde. Wallace und seine

Anhänger, zumeist Kleinbürger - die organisierte Arbeiterschaft lehnt ihn entschieden ab - werden keine Weltrevolution nach Moskauer Rezepten machen, sondern sich in jeder kritischen Situation als ebensogute Patrioten erweisen wie alle anderen.

Man glaubt hier nicht, daß Moskau den Krieg will. Wohl aber befürchtet man, daß es infolge einer völlig falschen Vorstellung von den amerikanischen Verhältnissen eine Politik treiben könnte, deren Folgen ihm völlig unerwartet kämen. Den Berlinern mag es bis zu einem gewissen Grade eine Beruhigung sein, daß ihr Schicksal mit dem der ganzen Welt auf das engste verknüpft ist. Um des Friedens willen dürfen die Sowjetrussen die Dinge in Berlin nicht auf die Spitze treiben.

Das Treffen von Bad Brückenau

H.P. München, im April 1948

Während sich in Regensburg Anfang des Monats Politiker katholischer Prägung aus 12 Staaten getroffen und sich mehr in akademischen Gesprächen über eine europäische Staatenkonföderation unter Betonung des katholischen Prinzips unterhalten hatten, war nunmehr am 12. und 13. April alles, was Rang und Namen in der CDU/CSU hat, einer Einladung des sogenannten "Ellwanger Freundeskreises" nach Bad Brückenau in der Rhön bei Bad Kissingen gefolgt. Noch deutlicher als in Regensburg stellte die bayerische CSU in Bad Brückenau das Hauptkontingent der Teilnehmer. In Regensburg war von den ausländischen Teilnehmern mit einigen Befremden festgestellt worden, daß sich die Bayerische Staatsregierung so in den Vordergrund geschoben hätte und damit diesem Treffen einen außerordentlichen politischen Charakter gab, der offenbar nicht beabsichtigt war. Aber die Bayerische Regierung und ihr "Chef", Dr. Ehard, hat eben "europäischen Ehrgeiz".

In Bad Brückenau marschierte die Bayerische Staatsregierung nahezu geschlossen auf. Außer dem stellvertretenden Ministerpräsidenten und Landesvorsitzenden der CSU, Dr. Josef Müller, den Staatsministern Dr. Hanns Seidel und Dr. Alois Schlögl, war die gesamte Bayerische Regierung einschließlich der Staatssekretäre vertreten. Dr. Hundhammer befand sich noch auf seiner Romreise.

Bayern stellte mehr als die Hälfte der Teilnehmer. Schon dies beweist, wo die Initiative liegt. Von den übrigen 37 Teilnehmern waren die prominentesten aus Rheinland-Pfalz: Ministerpräsident Dr. Altmeier und Justizminister Dr. Adolf Susterhenn; aus Süd-Baden: Staatspräsident Bock; aus Hessen: Finanzminister Dr. Werner Hilpert; aus Nordrhein-Westfalen: Dr. Konrad Adenauer und Ernährungsminister Lübke; aus Württemberg: Landwirtschaftsminister Heinrich Stooss und aus Niedersachsen: Dr. Georg Strickrodt. Außerdem nahm Dr. Hans Schlange-Schöningen an den Besprechungen teil. Jakob Kaiser aus der Ostzone hatte abgesagt.

Die Besprechungen wurden um den von dem "Ellwanger Kreis" ausgearbeiteten Verfassungsentwurf geführt. Dieser Entwurf sieht vor, daß

Deutschland ein Bundesstaat mit der Bezeichnung "Bundesrepublik Deutschland" sein soll. Die Bezeichnung "Deutsches Reich" erscheine nicht zweckmäßig. Die Organisation der Bundesgewalt müsse auf den einzelnen Gliedstaaten beruhen. Was die Länder aus eigenen erledigen könnten, müsse in ihrem Kompetenzbereich bleiben und nur das, was im Interesse des Ganzen einheitlich geregelt werden müsse, wie Außenpolitik, Währung, Wirtschaft und Verkehr soll dem Bund übertragen werden. Die Ausführung der Bundesgesetze obliege grundsätzlich den Ländern. Als oberste Gesetzgebungsorgane fungieren mit voller Gleichberechtigung der Bundestag und der Bundesrat. Während der Bundestag durch das Volk gewählt werden soll, besteht der Bundesrat aus den an Weisungen gebundenen Vertretern der Länderregierungen. Der Bundespräsident soll nicht vom Volke direkt, sondern vom Bundesrat gewählt werden. Daneben soll eine Bundesregierung gewählt werden, an deren Spitze ein Bundeskanzler steht, die von Bundespräsidenten mit Zustimmung des Bundesrates ernannt wird und des Vertrauens des Bundestages bedarf. Der Bundesrat hat somit gegenüber dem Bundestag ein nicht unerhebliches Übergewicht, womit die Überlegenheit der Ländervertretungen gegenüber den gewählten Vertretern des Volkes feststeht.

Staatsminister Dr. Anton Pfeiffer, der Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, teilte in einem Kommuniqué, das durch das Informations- und Presseamt der Bayerischen Staatskanzlei verbreitet wurde, mit, daß den entwickelten Verfassungsvorschlägen "entsprechend dem privaten Charakter des Ellwanger Kreises" keine offizielle Bedeutung zukommt und man lediglich Anregung geben und einer Klärung der Probleme dienen wolle. Zu "gegebener Zeit" werde der Verfassungsentwurf der Öffentlichkeit nicht vorenthalten werden.

Dazu sind einige Feststellungen notwendig. Der Aufmarsch der prominentesten CDU/CSU-Politiker in Westdeutschland rechtfertigt in keiner Weise die Darstellung, daß es sich um eine private Angelegenheit handelt. Aber auch, daß die Öffentlichkeit von diesen Verhandlungen erst zu "gegebener Zeit" erfahren soll, ruff stärkstes Mißtrauen hervor. Daß die Kommuniqués und Verlautbarungen durch die Bayerische Staatskanzlei verbreitet werden, unterstreicht den offiziellen Charakter dieses Treffens.

Während der Besprechungen kam es zu Auseinandersetzungen zwischen Dr. Adenauer und Dr. Kogon. Dr. Adenauer vertrat den Standpunkt, daß es im gegenwärtigen Augenblick zum mindesten nicht opportun sei, sich mit Verfassungsfragen zu beschäftigen, um jeden Anschein einer von Westdeutschland ausgehenden Spaltung zu vermeiden. Zugunsten forderte Dr. Kogon die baldige Schaffung eines westdeutschen Staates auf eindeutiger föderalistischer Grundlage, um eine wirksame Abwehr gegen einen expansiven Kommunismus zu schaffen. Diese Spannungen führten dazu, daß der Verfassungsentwurf in Bad Brückenau nicht endgültig abgefaßt werden konnte, wie ursprünglich beabsichtigt. Vielmehr soll der Entwurf zur nochmaligen Überarbeitung einem Untersuchungsausschuß zugeführt werden.

Giuseppe Saragat

sp. Die Wiedergeburt der Demokratie in Europa nannte Giuseppe Saragat das Ergebnis der italienischen Wahlen. Wenn diese Charakterisierung stimmt - und niemand wird sie als irrig empfinden - so gebührt dem Führer der italienischen Sozialistischen Arbeiterpartei, der P.S.L.I., das Prädikat, einer der Geburtshelfer gewesen zu sein. Giuseppe Saragat der als Vizepräsident in der Regierung de Gasperi fungiert, entzog jedenfalls einen überraschend hohen Prozentsatz der italienischen Arbeiterschaft dem kommunistischen Zugriff, dem sie von dem Tage an schutzlos preisgegeben war, da sich Saragats langjähriger Kampfgenosse Nenni zu einem Wahlbündnis mit dem Kommunisten Togliatti, entschloss. Saragat fiel seinerzeit - es ist ein knappes Jahr her - die Trennung von Nenni nicht leicht. Aber er sah klar voraus, wo zwangsläufig Nennis Kurs enden würde und zog den Trennungstrich, ehe es zu spät war. Mit 27 Jahren gehörte Giuseppe Saragat, dessen hohe Denkerstirn den Intellektuellen verpät, bereits dem Vorstand der italienischen Sozialdemokratischen Partei an. Er focht an der Seite Turatis und Modiglianis unerschrocken und unermüdet gegen die faschistische Welle an, die in den zwanziger Jahren Italien überflutete, und er setzte diesen Kampf mit nie erlahmendem Elan in den 17 Jahren fort, die er in Wien und Paris im Exil verbrachte. 1943 kehrte er heimlich nach Italien zurück, um an der Widerstandsbewegung mitzuarbeiten, wurde von den Deutschen jedoch aufgestöbert und verhaftet und konnte sich nur durch eine dramatische Flucht in ein Kloster vor weiterer Verfolgung retten. Mit der Befreiung Roms durch die Amerikaner schlug auch für ihn die Stunde der Befreiung. Er nahm seine politische Aktivität sofort wieder auf, ging vorübergehend als italienischer Botschafter nach Frankreich, war Präsident der konstituierenden Nationalversammlung und gilt als Sozialist, "der Marx bis in die Zungenspitze kennt".

Er hat in den letzten Monaten die Zahl seiner Anhänger ständig vermehrt, ist Herausgeber der "Unanimita" und hat vor kurzem mit Ivan Matteo Lombardo die "Sozialistische Einheit" gegründet, die sehr wohl den Grundstein für eine "Dritte Kraft" in Italien zu bilden vermag. Der Ausgang der Wahlen wird Giuseppe Saragats Arbeit neuen Auftrieb geben. (b55/214/hs)

SPD zu den Italien-Wahlen

Der Ausgang der Wahlen in Italien wird vom Parteivorstand der SPD würdevoll begrüßt. Man hofft, daß die Tendenz, die in den Teilergebnissen bisher zum Ausdruck kam, auch im Endergebnis zum Durchbruch kommen wird. Besonders erfreulich sei der Sieg der Saragat-Sozialisten, der weitaus größer ausgefallen ist als ursprünglich von den Volksdemokraten erwartet wurde. Man hofft, daß dieser Wahlausgang der Auftakt zu einem Auseinanderbrechen der Volksdemokratie sein wird. Das italienische Volk habe sich in seiner klaren Mehrheit gegen die Kommunisten ausgesprochen und damit Italien in die Front der antitotalitären Staaten eingereiht. Es wird erwartet, daß die Festigung der Saragat-Sozialisten zu einer noch besseren Zusammenarbeit mit der SPD führen wird. Auch in diesem Jahr werden die Saragat-Sozialisten wieder auf dem Parteitag der SPD in Düsseldorf vertreten sein. (B.1/204/hs)

Verantwortlich: Peter Raunau